

ORIGINAL an: D

Kopie an: (D. Wulken)

Telegramm Nr. 34

2.6.1972 11h10

p. B. 41. 21. Tibet. O.

Ambassade

PekingB - 6. JUNI 72  
249

Orientieren Euch für alle Fälle, dass der erste Mitarbeiter der chinesischen Botschaft gestern die Frage der schweizerischen Tibeterhilfe nach langem Unterbruch wieder aufgebracht hat. Anlass dazu gab die Ausstellung über Tibet, die Mitte Juni in Bern eröffnet werden soll, patroniert von der Tibeterhilfe, dem SRK u.a. und an deren Eröffnung offenbar alt Bundesrat Wahlen sprechen wird. Wir werden Euch nähere Einzelheiten bekanntgeben, sobald in unserem Besitz. Die Tibet-Flüchtlinge wurden als "ehemalige Sklavenhändler" und die Tätigkeit der helfenden Kreise in der Schweiz als anti-chinesisch und als für gut sich entwickelnde Beziehungen schädlich bezeichnet. Wir haben dem chinesischen Gesprächspartner die liberalen Grundsätze unserer Staatsverfassung, wie die humanitären Traditionen der Schweiz, die in besonderer Weise Flüchtlingen und Heimatlosen zugute kommen, erklärt und die Bedeutung des aufgeworfenen Problems heruntergespielt. Dieses habe zwar zu vorübergehenden Schwierigkeiten zu führen vermocht, sei aber doch langfristig unwesentlich geblieben. Wir verwiesen auch auf die bedeutend grössere Anzahl ungarischer und tschechischer Flüchtlinge, die in der Schweiz leben und die sich nie zu einem echten Problem entwickelt haben.

./.

Kopie ging an: - TH - MJ - KR - TP - EP - MB  
- Dir. Guldemann, Luftamt

A. 2124



- 2 -

Auch erwähnten wir Lenins Aufenthalt in der Schweiz. Der Aufnahme von Flüchtlingen in der Schweiz komme keine politische Bedeutung zu. Wir haben auch die Auffassung vertreten, dass ein Hochspielen der von chinesischer Seite aufgeworfenen Frage unseren Beziehungen zweifellos mehr schaden könnte, als wenn die Angelegenheit, die ohnehin in der Schweiz kein grosses Echo habe, wie in letzten Jahren auf sich beruhen gelassen werde. Der chinesische Gesprächspartner war extrem freundlich und erklärte, es sei allein die Besorgnis um unsere guten Beziehungen, die ihn bewogen habe, die Frage offen zur Sprache zu bringen. Er gab der Hoffnung Ausdruck, die Regierungsseite werde dafür sorgen, dass "antichinesische Aktivität" in der Schweiz nicht zugelassen werde. Daraufhin wurde ihm noch einmal die rechtliche Situation erklärt und die Auffassung vertreten, von einer antichinesischen Tätigkeit könne vorliegendenfalls nicht gesprochen werden. Obwohl sich im Vergleich zu früheren Gelegenheiten das Gespräch in äusserst liebenswürdiger Form abspielte, würde es uns nicht überraschen, wenn damit ein erneuter hartnäckiger Vorstoss der Chinesen in der Tibeter-Frage eingeleitet wurde. Es bleibt nur zu hoffen, dass zunächst die bevorstehenden Luftverkehrsverhandlungen in dieser Sache chinesischerseits nicht dazu benutzt werden, um einen Druck auszuüben.

Politique